

Krise ebenfalls im Armut und Elend gefügt. Wir rufen Sie! Wir rufen den südlichen Mittelstand, wir rufen die wertvollen Bauern: hier zu uns! Schließt die Volksfront mit uns, mit dem revolutionären Proletariat gegen die kapitalistischen Ausbeuter, Spekulanten, Schieber und Mäuler!

Nicht die Millionäre, die Großkapitalisten sind es, von deren Einflüssen die Kleingewerbetreibenden ihre Existenz bestreiten, sondern die Massen des Proletariats.

Wir rufen den antikapitalistisch eingestellten Arbeitern, Angestellten und Wertzügigen, die bisher mit dem Nationalsozialismus gingen, zu: Euer Platz ist nicht bei Hitler, dem Freund der Millionäre, dem Vertreter des Finanzkapitals und des imperialistischen Imperialismus, euer Platz ist in der Arbeitsfront des Freiheitskampfes gegen Kapitalismus und Bourgeoisie! Euer Platz ist bei uns!

Und wie rufen vor allem noch einmal allen Massenbewegungen Arbeitern, die bis heute der Sozialdemokratie folgten, zu: Nicht mit Brünning, nicht mit dem Diktatorstaat der Notverordnungen, nicht mit der Bourgeoisie, nicht mit dem Stoerer der Panzerkreuzer darf ihr gehen, sondern mit euren kommunistischen Klassenbildern, die auch die Hand reichen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind! Mit der KPD, die als einziges Partei des wertvollen Volkes auch hilfreich zur Seite steht!

Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde — die Volksaktion für Arbeit, Freiheit, Boden und Freiheit! Das ist die Lösung der kommunistischen Partei!

Trommelschlag gegen den Kapitalismus, gegen das bunte Rotte Saltem, gegen die Ketten des Youngiansarei! Sowjetdeutschland bedeutet das Ende des räuberischen Youngplanes! Sowjetdeutschland bedeutet das Ende des kapitalistischen Lohnes! Landes und Münzwirtschaft! Sowjetdeutschland bringt Arbeit, Freiheit, Boden und Freiheit!

Kämpft mit uns! Kämpft gegen die Einheitsfront mit Brünning, für die Einheitsfront mit den Kommunisten!

Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe der revolutionäre Klassenkampf! Es lebe das kommende freie sozialistische Sowjetdeutschland!

Berlin, 13. Juli. (Eig. Meldung)

Im Reichstagtagen wird augenscheinlich darüber beraten, ob Brünning oder Curtius heute nach Paris fahren und die Verhandlungen über eine Anteile fortsetzen sollen. Auch diese Meldung zeigt die außerordentlich schwierige Lage, in der sich die Regierung befindet. Nach einer neueren Meldung hat die Regierung die dem Reichsbankpräsidenten Luther in Paris gestellten politischen Forderungen auf Einholung des Panzerkreuzeraus und Nichtdurchführung der Zollunion mit Österreich abgelehnt.

SPD auf der Linie Schieds

Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen zwei Tagen ihre Stellungnahme zum Etat grundlegend verändert. So trennte gestern der Dresdner Anzeiger zu der Haltung der SPD bei der Schlussabstimmung über den jährlichen Etat. Was ist geschehen? Die jährlichen Sozialdemokraten haben dem fast vollständig unveränderten Etat der Schiedsregierung ihre Zustimmung gegeben.

Die letzte Sitzung des Landtages zeigte, dass die "Linke" in Sachsen haben die Seite ihrer oppositionellen Mandate schon abgetrennt. Was jetzt noch übrig geblieben und was um so reichlicher angewendet wird, das sind radikale Phrasen. Aber auch diese unterscheiden sich nicht wesentlich von den Redenarten die Wels, Breitscheid und Solmann bei der Unterzeichnung der Notverordnung ableiteten. Konnten die Abgeordneten auf dem Leipziger Parteitag, bei der Unterzeichnung der Notverordnung im Reichstag leben, das Brünning die SPD kommandieren, doch Wels, Solmann und Breitscheid noch ihrer Freiheit tauschen, so kommandiert Schied jetzt die SPD in Sachsen. Er erklärt, er nehme einen Etat, in dem ein unzähliger Übergangszeitraum ist, nicht an. Schon sieben die sozialdemokratischen Führer auf die Ame und stimmten für den Etat, sie erfüllten restlos den Willen der jährlichen Bourgeoisie und vernichteten ihre eigenen Anträge.

Die Edel, Böbel und Sencken, die sich mit der Regierung und den Bürgerlichen Parteien über jeden Schritt ihrer Taktik verständigten, umgaben ihre Zulassung auf die Schiedsregierung mit einem gewaltigen Aufwand von Thaterkörner. Der Dresdner Anzeiger mischt dazu spöttisch:

"Um so eifriger bemühten sich die Parlamentarier ihren Rückzug auf die Linie des Kabinetts vor sich selbst und der Oberschicht zu verbräumen."

Aber dieses Theaterstück begann nicht erst in der letzten Sitzung, sondern wurde von langer Hand vorbereitet. Zwei Tage vor der Schlussabstimmung enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme bei der Entfernung des Ministergehälter, nach außen hin damit eine erhebliche Opposition vorzuhalten. In der Nachfolge eröffnete Böbel den Reigen der Theatersommer mit der Ankündigung der SPD für die Aufhebung der Immunität der Nazis zu stimmen. Diese Komödie sollte die Abstimmung von der Unterstützung der nazifreundlichen Schiedsregierung einleiten.

Die Kritik richtete sich nicht so sehr gegen die Nationalsozialisten als sie vielmehr die Einleitung der Maßnahmen zur Zustimmung der SPD für die Aufhebung der Immunität der Kommunisten bedauerte. Wie auf dem Boden der Gesamtpolitik die "Linke" auf den Amt von Wels geschworen sind, so werden sie auch bei der Aufzehrung der Lage, der Fortsetzung der Bourgeoisie nach Auslehrung der Kommunisten an die Klassenjustiz nachkommen und nach dem Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion handeln. Die Verlegenheit des Mandates enthielt die Sozialdemokraten in ihrer eigenen Erfahrung, in der sie feststellten, dass sie die Regierung zu einem Verbot der uniformierten Formationen der Nationalsozialisten aus formalistischen Gründen noch immer nicht entschließen kann.

Doch es läuft nicht nur um formalistische Gründe handelt, das wissen die SPD-Führer sehr genau, sie erklären ja selbst, dass die Nationalsozialisten die Unterdrückung der Bürgerlichen Regierung wollen. Diese Regierung aber, die die Nationalsozialisten fördert, unterstützen die Sozialdemokraten.

Und was geben die Sozialdemokraten als Begründung für ihre Haltung an?

Die Regierung Schied hätte die legalen Maßnahmen, die Arbeitsbeschaffung u. a. nicht durchgeführt, sie hätte ähnliche vornehmen können, wenn sie gewollt hätte.

Darum lohnt die SPD nun nicht aus dem Reichstag, alles was die SPD mit beschlossen hatte, die Mittel für Straßenbau,

Ab heute Unterstützungsraub bis 50%

Arbeitslose und Betriebsarbeiter, heraus zum Reichserwerbslosentag am 15. Juli!

Am Freitag wurde den Betriebsarbeitern und -arbeiterinnen, den beschäftigten unteren Beamten und Angestellten die Krisesteuer auf Grund der Notverordnung abgezogen. Auch die Kleingewerbetreibenden und die Kleinbauern müssen Krisesteuer bezahlen. Heute tritt nun für alle Erwerbslosen der Unterstützungsraub auf. Keine Kraft genug: Die Unternehmer erklären, noch 20 Prozent Löhne abbauen zu wollen, in Baden ist ein sogenanntes "Rotegefecht" beschlossen, dass den Beamten eine weitere Gehaltsförderung von 5 Prozent distanziert, die Deutsche Bank will die Gehälter ihrer Angestellten um 30 Mark senken. In fast allen Gemeinden werden die Erhöhung der Bürgersteuer (Regersteuer) vorbereitet, immer mehr Gemeinden stehen vor der Pleite und sindigen an. Die Hoherascher, von der die SPD schwärmt, hat die Katastrophe noch verschärft. Deutschland soll zur Zinskolonie werden. Es gibt nur den Weg, den die KPD zeigt: Volksaktion für Arbeit, Freiheit, Kämpft gegen imperialistische Kriegsgescheide und Faschismus, gegen die Brünning, Schied, Seeserung, für den Arbeitsbeschaffungsplan und für das Bauernhilfsprogramm der KPD! Kampf für die soziale und nationale Befreiung, für einen sozialistischen Käfig Deutschland!

In diesem Zeichen gilt es, in den Betrieben und Büros, die Waffe des Streiks zu enthalten, in Einheitsfront mit den Erwerbslosen vorzugehen. Auf zum Reichserwerbslosentag am 15. Juli!

Hinweis in die KPD! Abonnieren die Arbeiterstimme und die ab 1. August erscheinende Wochenzeitung: Österreichisches Volksblatt (Der arme Teufel aus der Oberlausitz)!

Die Krisesteuer, die jetzt zum Abzug kommt, beträgt bis 200 Mark Monatsentommen 1 Prozent, dann weiter gestaffelt zu Gunsten der höchsten Entgelte.

Der Unterstützungsraub beträgt bei Erwerbslosen:

Klasse Hauptunterst. jüngste Hauptunterst. Senfung bis 100 Mark 100 ohne Zuschlag im Mt. in Prozent

1	6.00	6.00	0.40	6.6
2	7.80	7.20	0.60	7.8
3	8.80	8.00	0.80	9.0
4	9.57	8.82	1.05	10.6
5	10.50	9.45	1.35	12.5
6	11.20	11.55	1.65	12.5
7	11.63	12.65	1.95	13.3
8	12.75	13.50	2.25	14.2
9	13.55	15.20	2.55	14.3
10	19.95	17.10	2.85	14.2
11	22.95	18.90	3.15	14.2

Bei den Salarbeitern beträgt der Unterstützungsraub:

Wochenlohn Hauptunterst. Jüngster Hauptunterst. Senfung bis 100 Mark höher in Mt. höher in Mark in Prozent

20.00	13.20	8.82	34
42.00	14.63	9.43	40
48.00	15.75	9.45	40
54.00	17.85	11.55	35
60.00	19.95	11.55	43
Über 60.00	22.05	11.55	48

Daß kommen auf Grund der Notverordnung eine Unzahl von ungeheuren Verbesserungen für Frauen und Jugendliche, für Kriegs- und Arbeitsopfer, für Tabakarbeiter, Heimarbeitler und für die Mütterlichkeit.

Die entsprechenden Zahlen für das ganze Reichsgebiet werden gehemmt gehalten. Aber man wird wohl nicht schließen, wenn man die Zahl der Zeitungsvorboten in allen deutschen Ländern in der Zeit

seit der Notverordnung mit 70 bis 100 monatlich besitzt. Aus dem Kampf für die Wahrheit, aus dem Kampf gegen Elze und Berchtesgaden wird ein

Berichtsfeldzug gegen die Presse der Radikalen

Bei jedem neuen Zeitungsvorbot erlebt man es von neuem, am deutlichsten vielleicht beim jüngsten Vorbot der Rotes Jahr durch den Berliner Polizeipräsidenten.

Die KPD-Presse wird verfolgt, weil sie allein die Volksinteressen wahnt. Die kommunistische Presse hat die Katastrophe vorweggeahnt, hat die Illusionen vom "Sicherheitsstaat" vom ersten Tage an raschlos zerstört; sie distanziert als einzige Presse die Notverordnung, die Brünning-Schied-Senierung-Diktatur, den Faschismus, den SPD-Verrat und mobilisiert die Massen für ihre Forderungen. Darum lautet die Antwort auf das Vorbot: Werbesturm für die kommunistische Presse! Das ist auch eine entschiedene revolutionäre Tat. Täglich überzeugen werden für die Arbeiterstimme und die ab 1. August erscheinende Wochenzeitung "Österreichisches Volksblatt"

Mussolini zittert: „Europa läuft dem Kommunismus anheimfallen“

Wien, 13. Juli. (Eig. Meldung)

Wie ernst die Lage in Deutschland allgemein einschätzbar wird, zeigt ein Artikel Mussolinis in der Wiener Neuen Freien Presse. In dem Artikel behauptet Mussolini, die Verhältnisse in Österreich und zeigt dann auf die Krise in Deutschland ein. „Hier liegen die Dinge weitaus schlimmer als in Österreich. Ich gehöre nicht zu denen, die das Tragische einer Situation übertrieben, aber es ist meine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß mit dem weiteren Steigen des Elends und der Zerstörung weiter für die Arbeiterstimme und die ab 1. August erscheinende Wochenzeitung "Österreichisches Volksblatt".

Der vorläufige Ausfall der Rettungsgelder vom 1. Millionen

Mark ist nicht von besonderer Bedeutung, diese Summe steht im Zusammenhang mit der Verabschiebung von Eisengewerkschaften, die im Herbst zur Geldstrafe gebracht werden.

In ihrer Erklärung verkündet die SPD, daß sie erreicht habe, daß für Wohlfahrtskleid und Kinderpensionen eine größere Summe eingelegt sei. Aber diese Summen werden nur durchsetzt, daß andere Stellen selbst unter die Summen heruntergegangen sind, die die Schiedsregierung eingesetzt hatte. Der Etat wird durch die Abnahme um rund 1 Millionen Mark niedriger, wie er von der Regierung eingegeben war.

Als die Sozialdemokraten auf das Sparprogramm des Bürgerblocks traten, kannte ihre Sparsamkeit zur Rettung der Kapitalisten Grenzen — sie gingen weiter als die Kapitalisten selbst. Wir haben ihnen am Sonnabend darauf hingewiesen, daß sie für die Helle und Prachtstadt und 100 000 Mark über den Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Kinderpensionen eine größere Summe eingelegt sei. Aber diese Summen werden nur durchsetzt, daß andere Stellen selbst unter die Summen heruntergegangen sind, die die Schiedsregierung eingesetzt hatte. Der Etat wird durch die Abnahme um rund 1 Millionen Mark niedriger, wie er von der Regierung eingegeben war.

Als die Sozialdemokraten auf das Sparprogramm des Bürgerblocks traten, kannte ihre Sparsamkeit zur Rettung der Kapitalisten Grenzen — sie gingen weiter als die Kapitalisten selbst. Wir haben ihnen am Sonnabend darauf hingewiesen, daß sie für die Helle und Prachtstadt und 100 000 Mark über den Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Kinderpensionen eine größere Summe eingelegt sei. Aber diese Summen werden nur durchsetzt, daß andere Stellen selbst unter die Summen heruntergegangen sind, die die Schiedsregierung eingesetzt hatte. Der Etat wird durch die Abnahme um rund 1 Millionen Mark niedriger, wie er von der Regierung eingegeben war.

Im beschädigten Reichshofe wurde der Friedensschädel und schwerhörige Dreher Julius Hoffmann von dem Landjäger Max Hirsch auf 5 Meter Entfernung niedergestellt. Nach der dienstlichen Meldung des Beamten hat Hoffmann verzweigt, in einen Garten einzudringen und Blumen zu pflücken. Er erfuhr, dass ein Opfer der Auswirkungen des Sonnenblattes. Die katastrophalen Wirkungen dieses Zeitungsvorbots werden durch die Meldung abgottig beleuchtet. Es gelingt, daß die Arbeiter auf Gnade und Ungnade den Frieden der Polizei ausgeliefert sind.

schärfen. Der Polizeierror wird zunehmen, die Menschen der Massen machen, der Justizterror sich verstärken.

Unsere Aufgabe ist es jetzt noch mehr als bisher, den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß jede Unterwerfung der SPD eine Handlung gegen die Interessen der Werktätigen, eine Hilfslösung für die Durchführung der Ralle des Reizes im Kapitalismus ist.

Den Kapitalismus hassen, das heißt die Arbeiter (Rote) sind jetzt nicht nur in Sachsen die Aufgabe, schnell und entschlossen den Durchbruch in das sozialdemokratische Lager zu vollziehen.

Die Anwendung einer wirklichen Einheitsfront von unten wird uns diese Aufgabe ermöglichen.

Das bedeutet wirkliche sozialdemokratische Diskussionen, wird noch viel zu viel gefordert. Wir haben noch nicht den richtigen Ton. Manchmal tritt man zu überheblich, manchmal übertrieben auf. Das erschwert uns bei absolut richtiger Politik die Förderung der Wehrheit der Arbeitermassen.

Jeder von uns muß verstehen, daß hier die "Ralle" die Rolle zum wehrhaften Teil liquidieren. Die Ralle für die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter ist freier geworden. Am beschleunigten Tempo gilt es jetzt die revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen zu schmieden.

Die Ralle im Volk macht das zu einem dringenden Gebot.

Rudolf Renner.